

Dichtestress und andere Vernebelungen

Gedanken zur Abstimmung vom 8.2.2014

Zum Zeitpunkt, da ich diesen Artikel schreibe, liegt die Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative bereits mehrere Monate zurück. Ein ganzer Reigen neuer politischer Ereignisse hat uns in der Zwischenzeit schon wieder bewegt, aufgeregt, erfreut oder bedrückt. Das Schweizer System der direkten Demokratie trägt ja in regelmässigen Abständen politische Themen in die Stuben und an die realen und virtuellen Stammtische. Der öffentliche Raum wird regelmässig zugepflastert mit entsprechenden Propagandafeldzügen. Politik ist halt ein schnelllebiges Geschäft. Die meisten Themen verschwinden nach den jeweiligen Abstimmungen ziemlich schnell aus dem öffentlichen Bewusstsein und beschäftigen dann allenfalls noch die Behörden und Verwaltungen. Mit der Abstimmung vom 8. Februar 2014 ist es aber ein anderer Fall: Die Kontingentierung der Einwanderung von AusländerInnen bedeutet eine Absage an die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU. Das hat ganz offensichtlich weitreichende Folgen: Für die Menschen, die hier wohnen, für die Schweiz, die im europäischen Umfeld isoliert wird, für die Wirtschaft, die geschäftliche Nachteile erwartet. Im Vorfeld hat wohl kaum jemand mit diesem – wenn auch knappen – Ja gerechnet. Welche Erklärung gibt es für diesen Entscheid?

Hat es einfach zu viele Leute im Land?

Während des Abstimmungskampfes mussten wir immer wieder hören, die Menschen litten unter einem ›Dichte-Stress‹. In den S-Bahnen, auf den Autobahnen, in den Einkaufszentren, in den Wohnsiedlungen, überall habe es zu viele Leute. Es seien einfach zu viele AusländerInnen in die Schweiz eingewandert und jetzt müsse damit Schluss sein. Dass mit dieser Argumentation etwas nicht stimmen kann, wurde nach Vorliegen der Abstimmungsergebnisse rasch klar: Am deutlichsten für die Initia-

Ruth Gurny

Prof. Dr. phil. I. ist Soziologin und Denknetz-Präsidentin. Bis Ende 2008 leitete sie die Forschungsabteilung des Departementes Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften ZHAW.

tive stimmten bekanntlich diejenigen Regionen, die kaum einen Dichte-Stress erleben, also zum Beispiel der ländliche Kanton Appenzell Innerrhoden oder Agglomerationsgemeinden, die erst seit Kurzem in einen demografischen

Wachstumssog hineingezogen wurden. Hingegen schmetterten Städte wie Genf, Zürich oder Basel, wo die Bevölkerungsdichte real am grössten ist, die Vorlage ab.

Der Begriff des Dichtestresses stammt aus der Biologie und beschreibt Extremsituationen in Tierpopulationen. Wenn sich die Tiere zu stark vermehren, erzeugt dies Stress in verschiedensten Formen und führt zur Ausschüttung von Stresshormonen und unter anderem zur Verringerung der Fruchtbarkeit. Hilfe – die Schweizer sterben also aus, weil die Bevölkerungsdichte im Land zu gross wird?! Diese Übertragung eines Anpassungsmechanismus aus der Tierwelt auf die menschliche Gesellschaft ist einfach dumm: Biologische Modelle reduzieren soziale Prozesse und gesellschaftliche Zusammenhänge in unzulässiger Art. Soziale Realität entsteht nicht einfach auf Grund banaler Stimulus-Response-Situationen. Menschen analysieren und interpretieren laufend ihre Situation, sie nehmen für ihre Analysen und Interpretationen Bezug auf das, was sie bereits erlebt haben und was sie für ihre Zukunft erwarten. Dazu kommt, dass diese Analysen und Interpretationen in den meisten Fällen nicht einfach »selbstgemacht« sind. Viel mehr begreifen Menschen sich selbst, ihre eigene Situation und ihre Umgebung immer auch im Lichte von »Angeboten«, die ihnen potente Meinungsmacher zur Verfügung stellen oder aufdrängen.

Stop the world, I want to get off ...

Die Meinungsforscher legten uns alsbald eine neue Erklärung vor: Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative liege in der Angst der Menschen vor Wachstum und Verlust der Heimat begründet. Aber auch diese Erklärung wirft Fragen auf: Warum soll diese Angst vor allem in den ländlichen Gebieten und den Agglomerationsgemeinden zuhause sein und weniger in den Städten?

Hilfreich ist ein Blick auf die sozioökonomische Situation der Leute: Je besser gebildet die Leute sind und über je mehr Geld sie verfügen, umso stärker lehnten sie die Initiative ab. Auf der anderen Seite gehörten viele der so genannten »kleinen Leute«, Arbeiter, Angestellten, selbstständig Erwerbenden, Landwirte und Arbeitslose zu den Befürwortern der Einwanderungskontingentierung. Dazu passt, dass Personen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als lediglich »passabel« oder gar als »schlecht« oder »sehr schlecht« betrachten, der Initiative zustimmten. Ihrer Wahrnehmung nach gefährden die Ausländer die jetzige Ruhe und Ordnung, die Traditionen und Selbstverständlichkeiten der Schweiz. Anders gesagt: Alles, was neu und anders ist, wird für diese Menschen zur Störung und Bedrohung des eigenen Lebens.

Hier liegt der Kern der Sache: In der reichen Schweiz gibt es mehr und mehr Menschen, die sich unter Druck fühlen, denen die Zukunft nur Ungewissheit bringt und denen sozialer Abstieg droht. Die Mieten steigen, die laufenden Ausgaben steigen, die Lebenshaltungskosten werden immer grösser, die Löhne aber stagnieren. Wie der neueste vergleichende Bericht der Weltbank zeigt, ist die Schweiz aktuell das teuerste Land der Welt. Beim Vergleich des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandproduktes pro Kopf, dem Wert für die Menge an Gütern und Dienstleistungen, die sich der Durchschnittsbürger mit seinem Einkommen leisten kann, landet die Schweiz aber nur auf Platz zehn.²

Relativ gesehen haben viele in den letzten Jahren und Jahrzehnten an Wohlstand eingebüsst. Es ist immer diese vergleichende Perspektive, die die Befindlichkeit der Menschen definiert, und hier fühlen sich viele auf der Verliererseite. Immer mehr setzt sich die bittere Einsicht durch, dass man es heute mit Arbeit und Sparsamkeit kaum mehr ›zu etwas bringt‹. Dazu kommt, dass die Gesellschaft unter dem neoliberalen Regime in den letzten Jahrzehnten härter geworden ist. Konkurrenz aller gegen alle wird propagiert, Wettbewerb in allen Bereichen ist die Losung, die die Wirtschaftsführer vertreten. Der Mensch soll sich als Manager seiner selbst verstehen, jeder eine kleine Ich-AG. In dieser Perspektive ist à priori verdächtig, wer soziale Unterstützung braucht, denn so jemand will nur das ›System‹ ausnützen. Dass mit dieser Haltung gleich das ganze soziale Sicherheitsnetz diskreditiert wird, liegt auf der Hand.³

Mit anderen Worten: Das Leben ist für viele Menschen in diesem Land seit den 1990er-Jahren alles andere als einfacher geworden. Es gibt auf der einen Seite die Reichen und Superreichen, auf der anderen Seite viele Verliererinnen und Verlierer des neoliberalen Wandels, Geprellte der Globalisierung, subjektiv Deklassierte in einer Gesellschaft, die das Soziale als Gehhilfe für Verlierertypen.

Radikal gegen Fremdenfeindlichkeit

Was aber heisst das nun für uns, was heisst das für eine linke Politik? Müssen wir tatsächlich die Bedrohungsgefühle der Menschen vor dem, was sie als ›Zuviel‹ an ausländischer Bevölkerung erleben, ernst nehmen? Müssen auch wir für eine Reduktion, eine Begrenzung des Ausländeranteils bei uns eintreten? Vielleicht nicht gerade in Form einer Kontingentierung, aber halt doch ›irgendwie‹?

Hier müssen wir die rote Karte zücken, unbedingt! Denn soviel wissen wir aus der jüngeren Geschichte: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entstehen immer dann, wenn eine Gesellschaft das Soziale vernachlässigt und die Verteilung wichtiger Güter immer ungleicher wer-

den lässt. Die Benachteiligten, die relativen Verlierer, suchen seit jeher Sündenböcke für ihre Frustrationen und finden diese dann auch schnell in den jeweils Schwächeren. Das sind bei uns vor allem die Eingewanderten, die ›Fremden‹. Wie praktisch für die Gewinner auf der Sonnenseite! Die bleiben unbehelligt oder es wird ihnen gar applaudiert.

Wenn wir politisch verantwortlich und wirksam handeln wollen, müssen wir die realen Ursachen der Ängste und der Bedrohungsgefühle ernst nehmen. Statt also zu sagen, dass die Ängste vor den Ausländern ernst genommen werden sollten, müssen wir die Zunahme der Ungleichheit, die massive Konzentration der Vermögen skandalisieren. Wir nehmen ja auch nicht die Fieberfantasien eines Patienten für bare Münze, sondern analysieren, wie es zum Fieber kam. Natürlich ist es bedeutend einfacher, am Stammtisch den einzelnen Ausländer zu verunglimpfen, als die Zunahme der Ungleichheit anzuprangern. Dazu kommt, dass es lange Zeit verschrien war, mehr Gleichheit zu fordern. Seit den 1990er-Jahren war der Feldzug des Neoliberalismus derart erfolgreich, dass die Forderung nach mehr sozialer Gleichheit als repressive Gleichmacherei à la DDR-Kommunismus denunziert werden konnte.

Wir dürfen aber nicht abstrakte Systemkritik formulieren, sondern müssen klare politische Forderungen einbringen. Unermüdlich, denn die Profiteure des jetzigen Systems geben so leicht ihre Privilegien nicht ab. Und unerbittlich, denn die Auseinandersetzungen sind hart. Die Lohnexzesse ganz oben müssen angeprangert werden. Die Mechanismen hinter der Verteuerung der Mieten, hinter dem kontinuierlichen Anstieg der Krankenversicherungsprämien gehören ans Licht, die unsoziale Besteuerungspraxis muss denunziert werden. Und nicht zu vergessen: Es muss alles unternommen werden, um zu verhindern, dass Migrantinnen und Migranten als Billigstlöhner ausgebeutet werden und dann von den Einheimischen als billige Konkurrenz erlebt werden. Nur wenn wir das tun, glaubwürdig und informiert, haben wir eine Chance, dass sich der Nebel des dumpfen Nationalismus und der Ausländerfeindlichkeit auflöst und den Menschen die Sicht auf eine offene, freundliche Welt ermöglicht, in der ein Leben ohne Angst vor der Zukunft möglich ist.

Anmerkungen

- 1 Siehe dazu www.worldbank.org/en/news/press-release/2014/04/29/2011-international-comparison-program-results-compare-real-size-world-economies.
- 2 www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/konjunktur/Die-Schweiz-ist-das-teuerste-Land-der-Welt/story/23373699.
- 3 Siehe dazu auch den Artikel ›Heraus aus der Sackgasse‹ der Fachgruppe Sozialpolitik in diesem Jahrbuch.